

Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III (USR III)

Votum anlässlich der SP-Delegiertenversammlung vom 25. Juni 2016

Liebe Genossinnen und Genossen

«Wie schamlos hätten Sie es denn gerne?» So titelte der «Tages-Anzeiger» am 24. April 2016 nach einer der wohl teuersten Wirtschaftskommissionssitzungen aller Zeiten. Es reichte dem bürgerlichen Machtkartell nicht, die rund 1.3 Mrd. Franken teure Unternehmenssteuerreform III ohne Gegenfinanzierung durch die Profiteure dieser Reform durchzudrücken. In jener Sitzung wurde auch noch die Abschaffung der Stempelsteuern – minus 2.3 Mrd. Franken – und die privilegierte Besteuerung der Baulandbauern – minus 400 Mio. Franken – beschlossen.

Masslos, unberechenbar, ungerecht

Diese Geschenke der bürgerlichen Mehrheit kosten die Steuerzahler rund 4 Mrd. Franken pro Jahr. Dass nun mit der Sistierung einzelner Steuergeschenke bis nach der Abstimmung zur USR III gewartet werden soll, ist ein reines Verschleierungsmanöver und soll vor den Stimmberechtigten die wahre Dimension der riesigen geplanten Steuerausfälle und des damit verbundenen Staatsabbaus vertuschen. Die WAK-N hat ein äusserst anschauliches Beispiel geliefert, wie der Rechtsrutsch funktioniert. Exemplarisch dafür ist die USR III, die inzwischen vom Parlament verabschiedet wurde, und die wir nun mit einem Referendum bekämpfen müssen, weil sie masslos, unberechenbar und ungerecht ist.

Dabei hat die SP die Abschaffung der zu Recht international geächteten Steuerprivilegien für sogenannte Statusgesellschaften immer gefordert und unterstützt. Aber die Reform der Unternehmensbesteuerung wird den ursprünglichen Zielen in keiner Art und Weise gerecht und ist zum Selbstbedienungsladen für die bürgerliche Klientel geworden. Ziel war einst eine gegenfinanzierte Reform, und zwar durch jene, die davon profitieren – die Unternehmen und Aktionäre. Die USR III soll nämlich nicht nur eine kompetitive Unternehmenssteuerbelastung gewährleisten und die internationale Akzeptanz wiederherstellen, sondern auch die finanzielle Ergiebigkeit der Gewinnsteuern für Bund, Kantone und Gemeinden sicherstellen.

Unverantwortliche Finanzpolitik

Resultiert ist ein Paket mit rund 1.3 Mrd. Franken Steuerausfällen beim Bund und einem nicht genau bezifferbaren Milliardenloch bei Kantonen, Städten und Gemeinden. Die Zeche für diese unverantwortliche Finanzpolitik bezahlen die Bürgerinnen und Bürger, mit Leistungsabbau und/oder höheren Steuern, Gebühren, Prämien. Die SP hat für eine ausgewogene, gegenfinanzierte Reform gekämpft, wir haben auch neue Instrumente in der Unternehmensbesteuerung unterstützt, aber das Fuder ist total überladen, daher ist für uns klar: So nicht!

Was erwartet uns mit der USR III:

- Patentbox: Als Kompensation für die Aufhebung der Steuerstatus ist neu bei den kantonalen Steuern eine gesonderte Besteuerung der Erträge aus Patenten und vergleichbaren Erträgen mit einer Patentbox vorgesehen. Die SP hat die Schaffung dieses neuen Instrumentes unterstützt, allerdings erwarten wir eine enge Ausgestaltung, weil daraus erhebliche Steuerausfälle resultieren können.
- Inputförderung: Aufwände für Forschung und Entwicklung werden neu über den effektiven Aufwand hinaus zum Abzug zugelassen, bis zu 150 %. Bereits dieses zweite Instrument ist schon überrissen: Die SP lehnt Abzüge, die höher sind als die tatsächlichen Ausgaben, ab. Wer kann schon Ausbildungskosten von 10'000 mit 15'000 Franken bei der Steuererklärung zum Abzug bringen? Genau dies wird nun den Unternehmen gestattet.

- Zinsbereinigte Gewinnsteuer: Das ist nichts anderes als ein Abzug für fiktive Zinsen auf sogenannt überschüssigem Eigenkapital. Wer kann schon Zinsen abziehen, die er gar nie bezahlt hat? Damit tut sich ein klassisches Steuerschlupfloch auf, von dem niemand weiss, wie viel Steuersubstrat es dereinst verschlucken wird. Es wird vor allem die Steuerberatungsbranche ankurbeln. Dass damit auch noch ein Bürokratiemonster entsteht, zeigt die Inkonsequenz und Scheinheiligkeit der sonst lautstark nach Bürokratieabbau rufenden Bürgerlichen.

Diese und noch weitere Instrumente sollen den Kantonen zur Verfügung stehen, um die Abschaffung der Steuerprivilegien zu kompensieren. Damit die Kombination der verschiedenen Instrumente nicht zu einer Nullbesteuerung führt, wurde eine maximale Entlastung für die Unternehmen von 80 % festgelegt – was nun als Begrenzung der Steuerausfälle ausgelobt wird. So quasi ein Trostpflaster für die normalen Steuerpflichtigen, die jeden Franken versteuern müssen. Im Klartext heisst das: Es wird damit geworben, dass die Unternehmen nach allen Privilegien doch noch 20 % versteuern müssen. So können Firmen ihre Steuerpflicht auf 3 % drücken – vom letzten Fünftel des Gewinnes gibt's noch etwas in die Staatskasse. Welcher Buezer kann bei seiner Steuerrechnung einen Rabatt von 80 % geltend machen?

Hinzu werden kantonale Gewinnsteuersenkungen kommen, denn die verschiedenen Instrumente können nicht von allen Unternehmen im selben Masse genutzt werden können. Am Schluss profitieren die Unternehmen und Aktionäre – und wer soll das bezahlen?

Das Loch in den Kantonskassen – eine milliardenteure Black Box, je nach Ausgestaltung der Reform – soll mit einem Loch in der Bundeskasse gestopft werden. Der bisherige Kantonsanteil an den direkten Bundessteuern von 17 %, den der Bundesrat auf 20.5 % erhöhen wollte, ist nun auf 21.2 % gesetzt worden. Damit erhalten die Kantone nochmals rund 150 Mio. Franken mehr, total sollen es inkl. Ergänzungsbeitrag rund 1 Mrd. Franken sein.

Beispiel Kanton Luzern

Mit diesem grösseren Kantonsanteil wird der finanzielle Spielraum für Steuersenkungen ausgeweitet, der ruinöse Steuersenkungswettlauf unter den Kantonen wird weiter angeheizt. Und was das heisst, das wissen wir aus eigener Erfahrung in verschiedenen Kantonen, wo an allen Ecken und Enden gespart wird. Ich bin da sozusagen ein gebranntes Kind – in meinem Kanton Luzern, wo die Gewinnsteuern für Unternehmen in den letzten Jahren markant gesenkt wurden, werden inzwischen Zwangsferien an Schulen verordnet, Beiträge für Institutionen im Behindertenbereich gekürzt, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Und der von den Bürgerlichen hochgelobten dynamischen Betrachtungsweise, nach der mit tiefen Steuern die Erträge nur so sprudeln werden, kann ich gar nichts abgewinnen – die Dynamik in Luzern gipfelt in einem weiteren Sparpaket von 330 Mio. Franken, mit höheren Arbeitszeiten für das Staatspersonal, der Abschaffung von Dienstaltersgeschenken und einem klaren Abbau staatlicher Leistungen.

Ein Sparpaket nach dem anderen

Und beim Bund wird ein Sparpaket um das andere geschnürt, es sollen gebundene Ausgaben gekürzt werden, z.B. bei den Sozialversicherungen, so bei den Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen. Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit Behinderungen, Familien mit kleinen Einkommen, die die hohen Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können, ÖV-Nutzer und Nutzerinnen müssen die Zeche bezahlen.

Eine faire Unternehmenssteuerreform III ist möglich. Die SP hat bereits bei der Vernehmlassung zur USR III Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht – z. B. mit der Einführung einer Kapitalgewinnsteuer, wie sie notabene schon der Bundesrat vorgeschlagen hat. Aber auch mit der Aufhebung der steuerfreien Ausschüttung von

Agioreserven, also des Kapitaleinlageprinzips, das im Rahmen der USR II eingeführt wurde und zu grossen Steuerausfällen führt. Und das ergiebigste Mittel zur Gegenfinanzierung ist die Aufhebung des Teilbesteuerungsverfahrens bei den Dividenden. Dies hätte Mehreinnahmen beim Bund von rund 300 Mio. Franken und bei den Kantonen von rund 900 Mio. Franken zur Folge, die USR III wäre gegenfinanziert. Der Bund könnte so die Erhöhung des Kantonsanteils sparen und müsste nicht noch weitere Leistungsabbaupakete schnüren. Und die Kantone hätten mehr Erträge.

Mit dem Referendumsentscheid heute öffnen wir den Weg für eine faire Unternehmenssteuerreform, die von den Profiteuren dieser Reform finanziert werden muss. Und wir verhindern, dass die privaten Haushalte, wir alle, die Zeche für diese Reform bezahlen müssen.

Ich bitte euch, Genossinnen und Genossen, das Referendum klar und tatkräftig zu unterstützen.

Chur, 25. Juni 2016, Prisca Birrer-Heimo